

BESCHLUSS

aus der 6. Sitzung
des Kreistages
am Montag, 06.12.2021

Öffentliche Sitzung

Vorsitzender Volkmann (CDU) eröffnet die 6. Sitzung des Kreistages und begrüßt die Abgeordneten, Landrat Schuster, den Ersten Kreisbeigeordneten Roland Esch, den Hauptamtlichen Kreisbeigeordneten Stephan Aurand, die ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten Heinz Schreiber und Prof. Dr. Harald Danne und die weiteren ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten. Weiter begrüßt er den Vertreter der Medien, Herrn Jörgen Linker, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Verwaltung sowie Zuhörerinnen und Zuhörer.

Vorsitzender Volkmann (CDU) begrüßt besonders die Abgeordnete Petersen (CDU), die am Tag der Kreistagssitzung Geburtstag hat, und überreicht ihr einen Blumenstrauß. Außerdem gratuliert er Herrn Landrat Schuster (SPD) zur Wahl zum Präsidenten des Hessischen Landkreistages und überreicht ebenfalls einen Blumenstrauß.

Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Zu der Sitzung sei mit Schreiben vom 15. November 2021 form- und fristgerecht eingeladen worden. Die Beratungsunterlagen für diese Sitzung seien mit der Einladung versandt worden. Ein Teil der Abgeordneten habe die Beratungsunterlagen auf eigenen Wunsch digital erhalten. Die Beschlussvorlage zur Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 als Anlage sei bereits in der letzten Kreistagssitzung ausgelegt und per Mail übersandt worden. Die amtliche Hinweisbekanntmachung der Kreistagssitzung in der Wetzlarer Neuen Zeitung mit Nebenausgaben für das Kreisgebiet sei am 2. Dezember 2021 erfolgt. Der Kreisausschuss habe in seiner Sitzung am 24. November 2021 für die auf der Tagesordnung stehenden Beratungspunkte und für den Sitzungstermin sein Benehmen hergestellt.

Vorsitzender Volkmann (CDU) ruft in Erinnerung, dass der Ältestenrat am 23.08.2021 festgelegt habe, dass die Tagesordnungspunkte 13 und 14 zum Thema Gendern zusammen beraten werden. Der Ältestenrat habe weiter beschlossen, dass die Generaldebatte zu den Tagesordnungspunkten 3 und 4 gemeinsam erfolge.

Dringlichkeitsantrag CDU-Fraktion Hilfeleistung durch die Bundeswehr

Abgeordnete Schäfer (CDU) begrüßt, dass der Kreis die Initiative bereits umgesetzt und einen Hilfeleistungsantrag bei der Bundeswehr gestellt habe. Der Antrag sei damit erledigt. Sie danke allen Soldatinnen und Soldaten, die im Rahmen der Pandemie für das Land im Einsatz seien.

Dringlichkeitsantrag CDU-Fraktion Kommunale Impfstellen

Abgeordneter Deusing (CDU) spricht für die Dringlichkeit. Die bereits eingereichten zwei Impfabteilungen würden nicht genügen. Wegen der Sonderimpfmittelbestellungen des Bundes und des zusätzlichen medizinischen Personals im Rahmen der Hilfeleistung durch die Bundeswehr könnten und müssten weitere Impfstellen eingerichtet werden.

Abgeordnete Kunz (SPD) spricht gegen die Dringlichkeit. Es gebe bereits 2 Impfabambulanzen im Kreis. Außerdem impften die Haus- und Werksärztinnen und -ärzte, so dass schon sehr viel im Kreis getan werde und die Dringlichkeit nicht gesehen werde.

Abstimmungsergebnis:
Mehrstimmig abgelehnt

Ja-Stimmen: 25 (19 CDU, 6 AfD)
Nein-Stimmen: 41 (18 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP)
Enthaltungen: 4 (3 DIE LINKE, 1 fraktionslos)

Damit sei die Dringlichkeit abgelehnt worden. Der Tagesordnungspunkt werde auf die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung gesetzt.

Dringlichkeitsantrag AfD-Fraktion Dezentrale Unterbringung von Migranten

Abgeordneter Mulch (AfD) spricht für die Dringlichkeit. Der Kreis müsse zukünftig mehr Menschen unterbringen als geplant. Hierunter auch Menschen, die wegen eines abgelehnten Asylantrages zur Ausreise verpflichtet seien. Angesichts des angespannten Wohnungsmarktes sollten diese nicht mehr dezentral untergebracht werden.

Vorsitzender Volkmann (CDU) ruft den Abgeordneten Mulch (AfD) in seiner Rede zweimal zur Sache und fordert ihn auf, zur Dringlichkeit und nicht materiell zum Antrag zu sprechen.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) spricht gegen die Dringlichkeit. In den letzten Wochen seit der regulären Einladung zur Kreistagssitzung hätte sich kein neuer Sachverhalt ergeben. Der Wohnungsmarkt hätte sich in dieser Zeit nicht verändert.

Abstimmungsergebnis:
Mehrstimmig abgelehnt

Ja-Stimmen: 7 (6 AfD, 1 fraktionslos)
Nein-Stimmen: 63 (19 CDU, 18 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 3 DIE LINKE)
Enthaltungen: 0

Damit sei die Dringlichkeit abgelehnt worden. Der Tagesordnungspunkt werde auf die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung gesetzt.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung werden nicht gewünscht. Sie gilt somit als genehmigt.

Beschluss

Abstimmungsergebnis:

@WOM2@